



Tierschutz | 08.05.2020 | Nr. 164/20

## Heiner Rickers: So etwas darf nie wieder passieren!

In seinem heutigen (08.05.2020) Redebeitrag zu „Für wirksamen Tierschutz – Konsequenzen aus Vernachlässigung ziehen“ führte der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein Heiner Rickers aus, dass in kaum einem Fall der jüngsten Vergangenheit vergleichbare Vergehen von Tierquälerei und Verstöße gegen den Tierschutz so offensichtlich gewesen seien, wie die des NABU im Wöhrdener Speicherkoog.

„Wer Tiere über Monate nicht vernünftig hält, dem muss in letzter Konsequenz die Tierhaltung untersagt werden“, so Rickers. Wäre Vergleichbares einem privaten Tierhalter passiert, wären ihm die Tiere sofort weggenommen und ein absolutes Tierhaltungsverbot ausgesprochen worden. Statt klarer Antworten und Verantwortungsübernahme habe man vom NABU nur Ausreden und Schuldzuweisungen, aber keine Entschuldigung gehört. Der Eigentümer von Tieren trage die Verantwortung, und dass hier etwas falsch gemacht wurde, liege auf der Hand. Zusammen mit Vertretern von Land, Kreis und NABU werde dies im Agrar- und Umweltausschuss des Landtages aufgearbeitet werden.

Was vor 15 Jahren mit dem Kauf der Konik-Herde begann, wirft viele Fragen auf:

- Warum wurden die Tiere nicht regelmäßig in Augenschein genommen?
- Flossen beim Kauf und in den Folgejahren Steuermittel und wenn ja, in welcher Höhe?
- Wie ist es möglich, dass bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 500 ha Prämien aus Bundes- und EU-Töpfen gezahlt wurden, ohne dass dafür die Verantwortung getragen wurde?

Dies und anderes mehr muss Konsequenzen haben. Zum einen, dass in unserer Kulturlandschaft, dass das sich Selbstüberlassen von Tieren garantiert zum Scheitern verurteilt ist und zum zweiten gelte es, darüber nachzudenken, ob die, die eine Flächenprämie bekommen, im Rahmen der guten landwirtschaftlichen Praxis auch in Verantwortung genommen werden müssen; mit der letzten Konsequenz auch von Sanktionsmöglichkeiten. Leider gibt es hierzu keine allgemein gültige Übereinstimmung.

„In diesem Fall ermittelt die Staatsanwaltschaft. Unabhängig davon wird der Skandal politisch aufgearbeitet werden müssen. Juristische Konsequenzen sind wünschenswert. So etwas darf nicht noch einmal passieren. Wir müssen alles in

unserer Macht stehende tun, um ähnliche Vorgänge zukünftig zu verhindern“, so Rickers.